Burkart will Lastwagen-Lobbyist bleiben

Parteiinterne Kritik Der designierte FDP-Chef will bei einer Wahl weiterhin den Lastwagenverband Astag präsidieren. Auch zwei seiner Vizepräsidenten haben engste Beziehungen in die Branche. Jetzt regt sich Widerstand.

Markus Häfliger

«Nicht verhandelbar»: Thierry Burkart über sein Amt. Foto: TCS

Dass Thierry Burkart FDP-Präsident werden will, freut viele: manche Mitglieder der FDP – aber ganz besonders auch die Lastwagenlobby.

Am Montag, Burkart hatte gerade seine Kandidatur bekannt gegeben, publizierte der Lastwagenverband Astag auf seiner Website eine fast schon triumphierende Nachricht: «FDP-Kandidatur: Thierry Burkart bleibt Astag-Zentralpräsident». Für Burkart, so schrieb der Verband, sei das Amt bei der Astag schlicht «nicht verhandelbar».

Burkart selber kündigte am gleichen Tag zwar an, er werde einen Teil seiner rund ein Dutzend Mandate abgeben. Das Präsidium der Astag werde er aber sicher behalten. Er sehe «keinen Widerspruch» zum FDP-Präsidium, versicherte Burkart.

«Das geht nicht»

Kein Widerspruch?

Gegen diese Sichtweise kommt aus der FDP nun vehementer Widerspruch. Seit Montag sorgt Burkarts Astag-Präsidium parteiintern für Diskussionen. Ein Teil der freisinnigen Amtsträger stört sich sehr daran. Doch viele sagen das derzeit nur hinter vorgehaltener Hand – nicht zuletzt weil sie froh sind, überhaupt einen Parteichef gefunden zu haben.

Einer jedoch steht öffentlich zu seiner Kritik: Vincenzo Pedrazzini. Der Schwyzer Jurist und Unternehmer war lange Zeit stark für die FDP engagiert und wird in der Partei als eine Art Elder Statesman sehr respektiert. Von 2009 bis 2016 war Pedrazzini 1. Vizepräsident der FDP Schweiz. 2016 leitete er die Findungskommission für das neue Präsidium – damals wurde Petra Gössi auserkoren.

Dass Burkart als FDP-Chef nun gleichzeitig Astag-Präsident bleiben wolle, «das geht nicht», sagt Pedrazzini. Eigentlich sollte die Unabhängigkeit für jeden Politiker das höchste Gut sein, sagt er. «Für einen Parteipräsidenten ist es jedoch die Grundvoraussetzung.»

Das Astag-Präsidium sei für einen FDP-Chef sogar besonders heikel, so Pedrazzini. Denn die Umwelt- und Klimathematik ist – neben dem Europadossier – derzeit das ganz grosse Streitthema im Freisinn. So hatte die Astag (und mit ihr Burkart) das CO_2-Gesetz massiv bekämpft, während die FDP-Fraktion es mehrheitlich mitgetragen hatte.

Andri Silberschmidt und Johanna Gapany. Fotos: Keystone

Burkart verteidigt sich und argumentiert mit dem Milizprinzip. Falls es einen Interessenkonflikt zwischen FDP und Astag geben sollte, werde er in den Ausstand treten, versprach er in der Zeitung «La Liberté». «Das Milizprinzip gehört zu unserer DNA, und wir wissen, wie wir damit umgehen müssen.»

Auch Pedrazzini steht zum Milizprinzip und kann damit leben, dass Burkart als Ständerat das Astag-Präsident übernommen hat. «Ein Parteipräsident muss aber zu hundert Prozent die Parteiinteressen vertreten. Das kann er nicht, wenn er daneben bezahlte Interessenvertretungen wahrnimmt.»

Astag-Präsidium gut bezahlt

Bezahlt ist das Astag-Präsidium – und das ziemlich gut. Die Astag und auch Burkart selber behandeln den Lohn zwar als Geheimsache. Doch Insider sagen, er betrage mindestens eine hohe fünfstellige Summe – eher näher bei 100'000 als bei 50'000 Franken. Zum Vergleich: Derzeit liegt die Entschädigung für das FDP-Präsidium bei 50'000 Franken pro Jahr. Das heisst: Burkart würde als Astag-Präsident künftig nahezu doppelt so viel verdienen wie als FDP-Chef.

Doch nicht nur Burkart selber steht der Strassenlobby sehr nahe, sondern auch zwei seiner vier designierten Vizepräsidenten, die er selber ausgewählt hat:

Andri Silberschmidt, Zürcher Nationalrat, arbeitet seit einem Jahr in einem 50-Prozent-Pensum für Planzer, einen der drei grössten Transportfirmen der Schweiz. Johanna Gapany, Freiburger Ständerätin, hat zwar selber keine Mandate im Verkehrsbereich, doch ihr Ehemann ist Geschäftsführer von Strasseschweiz, der obersten Lobbyorganisation der Auto- und Strassenbranche. Zu den Hauptaufgaben dieser Organisation gehört es, auf Parlamentsentscheide Einfluss zu nehmen. Die Astag ist eine der sieben Trägerorganisationen von Strasseschweiz. Damit sitzt Burkart von Amtes wegen auch in den Führungsgremien dieser Organisation, derzeit als zweiter Vizepräsident.

Alles nur ein Vorwand?

Weiterhin FDP-Vizepräsident unter Burkart bleiben will auch Andrea Caroni. Anders als Burkart verzichtet der Ausserrhoder bewusst auf Verbandsmandate – «um meine Unabhängigkeit als Standesvertreter zu wahren», wie er sagt. Trotzdem hält Caroni die parteiinterne Kritik an Burkart für überzogen. «Ich habe den Eindruck, dass das Astag-Mandat gewissen Kritikern auch als Vorwand dient, weil sie Burkart aus politischen Gründen nicht als FDP-Präsident wollen.»

Burkarts zwei Vorgänger im FDP-Präsidium hatten bewusst auf wichtige Verbandsmandate verzichtet. Philipp Müller, Präsident von 2012 bis 2016, machte es sich geradezu zur Mission, die FDP vom Filzvorwurf zu befreien. Petra Gössi führte diese Politik weiter. Als sie 2016 Parteichefin wurde, trat sie aus den Vorständen des Gewerbe- und des Hauseigentümerverbands aus. Warum, begründete Gössi unlängst im «SonntagsBlick»: «Als ich Parteipräsidentin wurde, habe ich alle Verbandsmandate abgegeben, während andere beginnen, Ämter zu sammeln. Mir war und ist meine Unabhängigkeit wichtig. Ich hatte in meinem Amt deshalb auch keine Interessenkonflikte.»

Thierry Burkart sagte gestern, er habe der Findungskommission von Anfang an gesagt, dass er das Parteipräsidium nur unter der Bedingung übernehme, dass er das Astag-Präsidium behalten könne. Seine Kandidatur sei «als ein Angebot an die Partei» zu verstehen. Er würde das Amt gern übernehmen, es sei aber an der Partei zu entscheiden, ob sie das Angebot annehme.

Umgesetzt würde wohl eine Minimalvariante

Abstimmungskampf Die vage Formulierung der 99-Prozent-Initiative lässt den Gegnern viel Spielraum.

Wer würde bei einer Annahme der 99-Prozent-Initiative steuerlich stärker belastet? «Wahrscheinlich wären auch Katzenbabys betroffen»: Mit diesem Kommentar machte sich ein Twitter-User über die Nein-Kampagne lustig. Der Grund: Laut den Gegnerinnen und Gegnern müsste ein grosser Teil der Bevölkerung mehr Steuern zahlen. Glaubt man den Initiantinnen und Initianten, würde nur das reichste Prozent der Bevölkerung stärker belastet. 99 Prozent würden entlastet.

Wer recht hat, hängt weitgehend von der Umsetzung ab. Die Initiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» der Juso – kurz 99-Prozent-Initiative – zielt auf jene, die von Kapitaleinkommen leben. Dieses soll ab einem bestimmten Schwellenwert anderthalbmal so stark besteuert werden wie Lohneinkommen. Die Initiative definiert aber nicht, was als Kapitaleinkommen zählt, und sie lässt offen, ab welchem Schwellenwert die höhere Besteuerung gelten soll. Auch zur Frage, wie die Mehreinnahmen verwendet werden sollen, bleibt der Initiativtext vage. «Diese Unsicherheiten übersteigen das übliche Mass an Unklarheiten bei einer Volksinitiative erheblich», sagte Finanzminister Ueli Maurer, als er die Argumente des Bundesrats gegen die Initiative präsentierte.

Doppeltes Risiko

Das lässt der Gegnerschaft – allen Parteien mit Ausnahme von SP und Grünen – viel Spielraum im Abstimmungskampf. Die Gegnerinnen und Gegner könnten beliebig viel hineininterpretieren, sagen der Politologe Claude Longchamp und der Politgeograf Michael Hermann.

Und das tun sie: Das Nein-Komitee geht davon aus, dass nicht nur hohe Zinserträge, Dividenden und Börsengewinne, sondern auch Grundstückgewinne, der Eigenmietwert oder KMU-Geschäftsübergaben stärker besteuert würden – Dinge, die mehr als bloss das reichste Prozent der Bevölkerung betreffen. Die Thurgauer SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr vom gegnerischen Wirtschaftskomitee etwa spricht von 70'000 Unternehmen, die in den nächsten fünf Jahren eine Nachfolgeregelung einleiten wollten und somit betroffen wären.

Die Vagheit der Initiative erlaube es, einen maximalen Geltungsbereich anzunehmen, sagt Michael Hermann. Im Fall einer Annahme der 99-Prozent-Initiative würde jedoch kaum das Maximum umgesetzt. Im Gegenteil: «Umgesetzt würde voraussichtlich eine Minimalvariante.»

Für die Umsetzung auf Gesetzesebene ist das Parlament zuständig, das bürgerlich dominiert ist und sich mit grosser Mehrheit gegen die Volksinitiative ausgesprochen hat. Bei der Umsetzung könnten die Gegner den Schwellenwert sehr hoch ansetzen, den Begriff des Kapitaleinkommens so eng wie möglich fassen und Ausnahmen formulieren.

«Wenn das Parlament eine Initiative verwässern will, hat es viele Mittel in der Hand», sagt Claude Longchamp. Und Michael Hermann hält fest: «Die Vagheit stellt für die Initianten ein doppeltes Risiko dar. Sie macht es den Gegnern sowohl einfacher, sie zu bekämpfen, als auch einfacher, sie im Fall einer Annahme zu verwässern.»

Die Einreichung der 99-Prozent-Initiative in Bern. Foto: Keystone

Abschwächung im Blick

Dass die Initiative dank der Vagheit dafür als weniger radikal wahrgenommen wird und dadurch am 26. September beim Stimmvolk grössere Chancen haben könnte, glauben die Experten nicht. Bei dieser Frage sei der Absender wichtiger als der Text.

Bekämpfen die Gegnerinnen und Gegner also eine Variante, die sie im Zuge der Umsetzung niemals zulassen würden? Natürlich würde sie sich für eine Umsetzung einsetzen, die unter anderem Geschäftsübergaben nicht verteuern würde, sagt SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr. Dies wäre die wichtigste Abschwächung. «Aber man weiss nie, wie es herauskommt.»

Juso-Präsidentin Ronja Jansen findet die gegnerischen Behauptungen zum Kreis der Betroffenen «an den Haaren herbeigezogen». Was die Initiative wolle, gehe schon aus dem Namen hervor: «Eine Entlastung der 99 Prozent und eine höhere Besteuerung des reichsten Prozents.»

Allerdings ist bei der Umsetzung nicht allein der Wille der Initiantinnen und Initianten ausschlaggebend. Darauf weist auch der Bundesrat in seiner Botschaft zur 99-Prozent-Initiative hin. Zu berücksichtigen sei, was das allgemeine Verständnis des Initiativtexts gewesen sei, schreibt er.

Charlotte Walser